



LAURENZ MEYER:

Juni-Arbeitslosigkeit auf **historischem** Hoch

Deutschland leidet unter der höchsten Juni-Arbeitslosigkeit seit der Wiedervereinigung!

Die Sommerpause beginnt, und damit ist das erste Jahr nach der Bundestagswahl vollkommen ergebnislos verstrichen. Schröder hat viel Spektakuläres angekün-

digt, aber noch ist kein einziges Gesetz beschlossen, das zu weniger Arbeitslosigkeit führen könnte.

Deutschlands Arbeitslose haben Besseres verdient als diesen Ankündigungs-Kanzler. Wenn der Kanzler will, dass Wirtschaft und Verbraucher *Fortsetzung Seite 3*

INHALT

ARNOLD VAATZ:

Katastrophe im Osten
SEITE 2

PRÄSIDIUMSSITZUNG

Union zieht bei Steuer-
senkung an einem Strang
SEITE 5

„LÜGENAUSSCHUSS“

Beweisaufnahme
abgeschlossen
SEITE 6

AUS DEN LÄNDERN

Wulffs Sanierungserfolg
SEITE 9

Katastrophe im Osten



Zu den Juni-Arbeitsmarktzahlen erklärte der Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsabgeordneten der neuen Bundesländer:

Wieder sind die neuesten Arbeitsmarktzahlen mehr als enttäuschend. Auch wenn die Parole verbreitet wird, dass die Arbeitslosenzahlen überraschend stark gesunken seien, ist das kein Grund zur Entwarnung für den ostdeutschen Arbeitsmarkt. Immerhin ist in Ostdeutschland die Arbeitslosenquote im Juni dieses Jahres um 0,8 Prozent höher als im Juni des vorigen Jahres. Dies ist die höchste jemals in Deutschland gemessene Arbeitslosigkeit im Juni!

Dass der Abbau der Arbeitslosigkeit zu den dringlichsten Problemen des Ostens gehört, ist auch der Bundesregierung bekannt. Umso mehr muss es verwundern, dass die Bundesregierung erst im Herbst konkrete Vorschläge darüber vorlegen will, wie der Wirtschaft mit einer Steuerreform Impulse

verliehen werden sollen. Seit der letzten Bundestagswahl wird dann ein ganzes Jahr vergangen sein – ein verlorenes Jahr für Ostdeutschland.

Die Verkrustungen auf dem Arbeitsmarkt bestehen nach wie vor, der jüngste Streik der IG Metall ist Beweis genug. Er steckt der ostdeutschen Industrie noch immer in den Gliedern. Die von der Bundesregierung bisher getroffenen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen sind im Osten ohne Wirkung geblieben.

Ich fordere die Bundesregierung auf, unverzüglich Vorschläge für notwendige Strukturreformen vorzulegen. Die Arbeitsmarktsituation in Ostdeutschland duldet keinen weiteren Aufschub, sonst müssen wir ein weiteres Ansteigen der Arbeitslosigkeit befürchten!

■ Fakten und Argumente Deutschland braucht endlich Reformen (Seite 1+3) ■ Arbeitsmarkt Ausbildungsstellenmarkt angespannt (Seite 4) ■ Dietrich Austermann: Arbeitsmarkt stranguliert den Haushalt (Seite 4) ■ ■ Senioren-Union: Neues „altes“ Bahncard-System testen (Seite 7) ■ Aus den Ländern Sachsen zwischen Flut und Olympia (Seite 8) ■ Hamburg Henning Finck geehrt (Seite 8) ■ Saarland setzt auf Familie (Seite 9) ■ Aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Peter Götz: Der Dachstuhl der Kommunen brennt (Seite 10) ■ Martina Krogmann, Eckart von Kläden: SPAM-Mails müssen verboten werden (Seite 10-11) ■ Klaus Riegert: Perspektivlos (Seite 11-12) ■ Christian Schmidt, Hartmut Koschyk, Clemens Binniger: Gesamtverteidigungskonzept gefordert (Seite 12) ■ Kurz und Bündig (Seite 13) ■ Öffentlichkeitsarbeit (Seite 14-16)

IMPRESSUM



UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstr. 8, 10785 Berlin, Telefon 030-22070-372, e-mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Eggermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. 02226-802-0, Telefax 02226-802-111333. Vertrieb: Tel. 02226-802-123, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Profitlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 75 10183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Fortsetzung von Seite 1

mit neuem Vertrauen ins Jahr 2004 gehen, dann darf er mit seinen Reformen nicht bis November warten.

Wenn von einer vorgezogenen Steuersenkung positive Impulse für Nachfrage, Konjunktur und da-

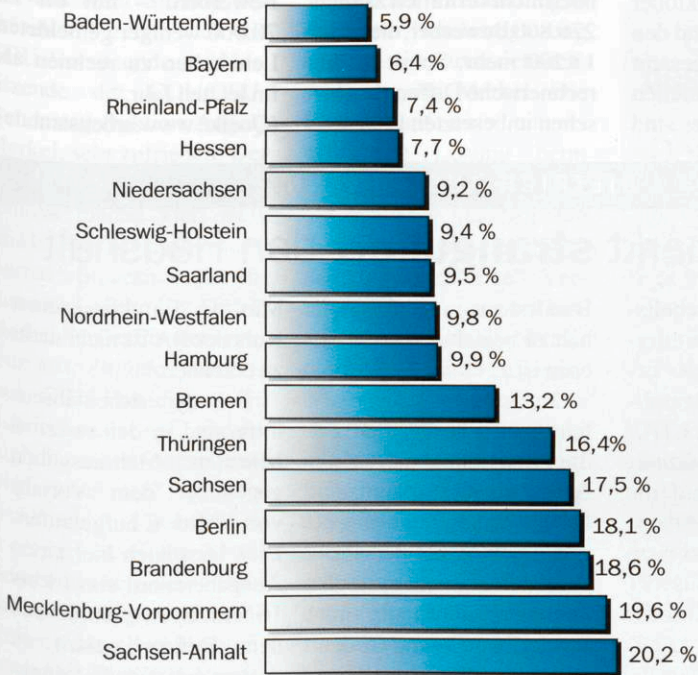
mit für Arbeitsplätze ausgehen sollen, dann brauchen Wirtschaft und Verbraucher das Signal, dass diese Bundesregierung endlich die Realität anerkennt. Konkret heißt das: Schröder muss den Luftblasen-Haushalt mit seinen absur-

den Wachstumsraten von zwei Prozent von seinem Finanzminister komplett neu rechnen lassen – sonst geht die Regierung im Herbst immer noch von falschen Zahlen aus. Darüber hinaus muss Schröder so rasch wie möglich eine seriöse Finanzierung für die Steuerreform vorlegen.

Und gleichzeitig muss der Kanzler und SPD-Vorsitzende jegliche parteiinterne Diskussion über neue Steuererhöhungen von Vermögenssteuer bis zur Erbschaftsteuer unterbinden.

Vor allem: Kanzler Schröder muss endlich echte Strukturformen angehen – denn Deutschland krankt unter der rot-grünen Regierung vor allem an einer Struktur-Krise, nicht an einer Konjunktur-Krise.

TOP 5 4 mal unionsregiert!



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

| Juni 2003 | Arbeitslose | Quote | Kurzarbeiter | Offene Stellen |
|-----------|-------------|--------|--------------|----------------|
| West | 2 663 033 | 8,1 % | 182 480 | 306 280 |
| Ost | 1 594 392 | 18,3 % | 39 370 | 66 957 |
| Gesamt | 4 257 425 | 10,2 % | 221 850 | 373 237 |

Ausbildungsstellenmarkt **angespannt**

Nicht nur auf dem Arbeitsmarkt ist keine Trendwende in Sicht. Auch auf dem Ausbildungsstellenmarkt sieht es düster aus. In einer Pressemitteilung der Bundesanstalt für Arbeit heißt es:

„Der Ausbildungsstellenmarkt ist nach wie vor erheblich angespannter als vor einem Jahr. Von Oktober 2002 bis Juni 2003 sind den Arbeitsämtern insgesamt 454.900 Ausbildungsstellen gemeldet worden, dies sind

51.100 weniger als im Vorjahreszeitraum. Gleichzeitig haben 632.100 Bewerber die Berufsberatung bei der Vermittlung eines Ausbildungsplatzes eingeschaltet, genauso viel wie vor einem Jahr. Ende Juni waren 113.100 Ausbildungsstellen noch unbesetzt, 19.200 weniger als ein Jahr zuvor. Als noch nicht vermittelt zählten 276.800 Bewerber, dies sind 13.200 mehr. Somit ist die rechnerische Differenz zwischen unbesetzten Lehrstel-

len und unversorgten Bewerbern mit -163.700 größer als vor einem Jahr (-131.300). Selbst wenn Aktionen zur Gewinnung von Ausbildungsplätzen sowie Sonderprogramme des Bundes und der Länder ähnlich wie im Vorjahr wirken, ist bis Ende September 2003 – bei etwa gleicher Zahl von Bewerbern – mit bis zu 70.000 weniger gemeldeten Lehrstellen zu rechnen als im letzten Jahr.“
(Quelle: www.arbeitsamt.de)

DIETRICH AUSTERMANN:

Arbeitsmarkt **stranguliert** den Haushalt

Zu den jüngsten Arbeitslosenzahlen der Bundesanstalt für Arbeit erklärte der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Jeden Monat wird die Dramatik des Bundeshaushaltes größer. Bereits nach einem halben Jahr muss der Bund mit Darlehen über 7,5 Mrd. € helfen, die Liquidität der Bundesanstalt für Arbeit (BA) zu sichern. Ein echtes Defizit von 5,2 Mrd. € ist bisher aufgelaufen. Als sicher gilt damit, dass am Jahresende ein zweistelliges Rekorddefizit aus dem

Bundeshaushalt zu begleiten ist.

Verzweifelt versucht die BA ihre Ausgaben einzugrenzen. Dabei wird merkwürdigerweise gerade bei den Programmen gestrichen, die als besonders notwendig mit Sonderfinanzierung in den nächsten Tagen gestartet werden sollen: Das geltende Langzeitarbeitslosenprogramm der BA wurde um 115 Mio. € oder 70 % gestutzt, das Jugendarbeitslosenprogramm gar um 158



Mio. €. Ein konsistenter Kurs der BA ist nicht mehr zu erkennen.

Bei der Arbeitslosenhilfe sind in den ersten 6 Monaten Mehrausgaben gegenüber dem Vorjahr von 1 Mrd. € aufgelaufen. Dies lässt auch hier einen Ausgaberekord von 14 bis 16 Mrd. € erwarten, der aus dem Bundeshaushalt zu decken ist und die eingepflanzten Mittel erheblich überschreitet.

Das Versagen der rot-grünen Regierung auf dem Arbeitsmarkt stranguliert den Bundeshaushalt.

Steuersenkung: Bundesregierung muss Gesetzentwurf vorlegen

Das Präsidium der CDU Deutschlands hat die Beschlüsse des Bundesvorstands in Bad Saarow und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum Vorziehen der dritten Steuerreformstufe einstimmig bekräftigt.

Nach einer Sitzung des Präsidiums zeigte sich die CDU-Vorsitzende und Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Angela Merkel, sehr zufrieden. Der einstimmig gefasste Beschluss mache klar, dass „die CDU einer seriös finanzierten Steuerreform zustimmt“, führte Angela Merkel bei der Pressekonferenz aus. Zugleich forderte das CDU-Präsidium den Bundeskanzler auf, „unverzüglich einen Gesetzentwurf vorzulegen“, aus dem die Details der Finanzierung hervorgehen. Sollte dieser Gesetzentwurf dem Bundestag vorliegen, sei die Union jederzeit zu Beratungen bereit. Die CDU-Vorsitzende verwies in diesem Zusammenhang auf die unterschiedlichen Aufgaben von Regierung und Opposition.

Außerdem forderte das Spitzengremium die rot-grüne Koalition auf, die

Grundlagen dafür zu schaffen, „dass wir endlich wieder mehr Wachstum und Beschäftigung in diesem Land bekommen“.

In einem zweiten Themenkomplex beschäftigte sich das Präsidium mit der Gesundheitsreform. Der Verlauf der Verhandlungen mit der Bundesregierung stimme sie zuversichtlich, sagte Angela Merkel. Die Chance auf eine einvernehmliche Lösung beim Thema Gesundheitsreform sei durchaus gegeben. Da die Verhandlungsdelegationen „richtigerweise“ Vertraulichkeit vereinbart hätten, könne sich das Präsidium derzeit nicht zu den inhaltlichen Fragen äußern. In diesem Zusammenhang machte Angela Merkel deutlich, dass es keine Einigung um jeden Preis geben werde.

Vor Beginn der abschließenden Beratungen des europäischen Verfassungskonvents in der zweiten Wochenhälfte hat das Präsidium noch einmal klar gestellt, dass es beim Einstimmigkeitsprinzip im Bereich der Zuwanderung auf den nationalen Arbeitsmarkt bleiben soll. Zumindest müsse es eine Klarstel-

lung dahingehend geben, dass „die Zuständigkeit im Bereich der Nationalstaaten liegt“, betonte Angela Merkel. Des Weiteren soll nach dem Willen der Union auch die Daseinsvorsorge in der Kompetenz der Mitgliedstaaten verbleiben.

Beschluss des Präsidiums der CDU Deutschlands:

Die CDU bekräftigt ihre Zustimmung zu einer seriös finanzierten Steuersenkung, wie dies bereits in Bad Saarow und in der Bundestagsfraktion beschlossen wurde. Sie fordert den Bundeskanzler und den Bundesfinanzminister auf, unverzüglich einen Gesetzentwurf über das Vorziehen der Steuerreformstufe vom 1. Januar 2005 auf den 1. Januar 2004 vorzulegen, der einen wirklichen Beitrag für Wachstum und mehr Arbeitsplätze möglich macht.

Berlin, den 7. Juli 2003

Beweisaufnahme abgeschlossen

Der Untersuchungsausschuss „Wahlbetrug“ hat mit der Vernehmung des letzten Zeugen, Bundeskanzler Gerhard Schröder, ein vorläufiges Ende gefunden.

Der Unions-Obmann im so genannten „Lügenausschuss“, Peter Altmaier, hatte bereits im Vorfeld der Sitzung vom Kanzler eine Entschuldigung eingefordert. „Ich hoffe, er findet die Kraft zu einem klarstellenden Wort, vielleicht auch zu einer Entschuldigung“, sagte Altmaier. Im Verlauf der Sitzung wurde Altmaier enttäuscht: Kein Schuldeingeständnis und keine Entschuldigung. Nach der Ausschusssitzung zeigte sich Peter Altmaier dennoch zufrieden: „Dies war der kürzeste und effektivste Untersuchungsausschuss der Geschichte“, so der Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Es habe sich gezeigt, dass der Ausschuss zu Recht eingesetzt worden war: „Für uns steht fest, der Bundeskanzler ist der Verantwortliche für die Täuschung der Öffentlichkeit, die im letzten Jahr vor der Wahl stattgefunden hat.“

Sowohl Hans Eichel als auch Ulla Schmidt hatten bei ihren Vernehmungen vor



dem „Lügenausschuss“ einräumen müssen, bereits vor der letzten Bundestagswahl brisante Informationen über das Ausmaß der Staatsverschuldung und die Lage bei den Sozialversicherungen erhalten zu haben. Die Beamten im Finanzministerium hatten ihren Chef bereits acht Wochen vor der Bundestagswahl über eine höhere Neuverschuldung informiert. Demnach würde der Bund zwölf Milliarden Euro mehr Schulden machen als ursprünglich geplant. Außerdem hatten sie ihn darüber informiert, dass Deutschland das Maastricht-Kriterium bei weitem verfehlen wird. Trotzdem behauptete der Minister noch wenige Tage vor dem 22. September öffentlich das genaue Gegenteil. Bei einem Abwägen zwischen Ehrlichkeit und Weiterregieren hätten sich SPD und

Bundesregierung fürs Weiterregieren entschieden, sagte Oswald Metzger von Bündnis 90 / Die Grünen. Der damalige haushaltspolitische Sprecher der Grünen kritisierte bei seiner Zeugenvernehmung die Haltung der Bundesregierung. Die „desaströse Finanzlage“ des Bundes sei schon vor der Wahl nicht zu übersehen gewesen.

Bei der Beweisaufnahme hatte der Ausschuss mit erheblichen Behinderungen zu kämpfen. Viele Akten wurden vom Kanzleramt als vertraulich eingestuft und standen dem Ausschuss nicht zur Auswertung zur Verfügung. Erst kurz vor dem offiziellen Abschluss der Beweisaufnahme hatte das Kanzleramt dem Drängen der Union teilweise nachgegeben und einige Akten freigegeben. Bis voraussichtlich im Herbst will der Ausschuss den Abschlussbericht vorlegen, der dann im Bundestag diskutiert wird.

<http://>

Umfangreiche Informationen zum Untersuchungsausschuss „Wahlbetrug“ auf www.cdu.de unter „Politik A-Z“, Stichwort „Ausschüsse“

Neues „altes“ Bahncard-System testen

Die Senioren Union der CDU Deutschlands hat die Wiedereinführung der „alten“ Bahncard begrüßt. „Damit wird einer Forderung entsprochen, die von der Senioren Union in allen Gremien in den vergangenen Monaten mit Nachdruck vertreten wurde“, sagte der Bundesvorsitzende der Organisation, Otto Wulff.

Er warnte gleichzeitig vor voreiliger Kritik, wie sie zurzeit vielfach öffentlich geäußert werde. „Wir Senioren werden das veränderte System ab dem 1. August erst einmal testen“. Erst danach werde man – falls notwendig – Verbesserungs- oder Vereinfachungsvorschläge entwickeln.

Die wichtigsten Neuerungen in Kürze:

- Der Normalpreis bleibt unverändert, das heißt: Kurze Fernstrecken bleiben teurer als vor der Reform vom Dezember vergangenen Jahres, Strecken ab 200 Kilometer sind nach wie vor billiger als vor Dezember 2002.
- Die Spartarife sind deutlich ausgedünnt (bisher 10, 25 und 40 Prozent). Wers sich drei Tage vor der Fahrt auf

einen Zug festlegt, kann 25 oder 50 Prozent sparen. Der Halb-Preis-Rabatt ist an das Wochenende gebunden, anders als bisher muss aber nicht die Nacht von Samstag auf Sonntag zwischen Hin- und Rückfahrt liegen. Es bleibt dabei, dass pro Zug nur eine bestimmte Anzahl von Plätzen für Spar-Tickets freigegeben wird – in besonders gefragten Zügen nur jeder zehnte Platz.

- Die neue Bahncard 25 kostet 50 Euro (jeweils Preise für 2. Klasse) – 10 Euro weniger als die alte – und ermäßigte den Normalpreis um 25 Prozent. Sie gilt allerdings nicht in Verbindung mit den Spartarifen.

Die alte Bahncard 25 für 100 Euro bleibt bis längstens Ende September 2004 gültig und gilt auch für die neuen Spartarife

- Die neue Bahncard 50 (2. Klasse) kostet 200 Euro, 60 Euro mehr als die alte. (Für die 1. Klasse sind 400 Euro zu bezahlen). Wer die neue besitzt, fährt zum halben Preis und kann bis zu fünf Personen zum halben Preis mitnehmen. Eine Kombination mit den Spartarifen ist nicht möglich. Kinder unter 15 Jahren fahren kostenlos mit. Für Schüler, Senioren und Studenten ko-

stet die Bahncard 50 nur 100 Euro. Für die alte Bahncard 50 gelten die Mitfahrer-Rabatte ab 1. August auch. Dennoch ist ein Umtausch der alten gegen neue Karten ab diesem Termin möglich.

- Die Bahncard 100 zum Preis von 3000 Euro für zwölf Monate ersetzt die persönliche Netzkarte für Vielfahrer (3350 pro Jahr) und ermöglicht beliebig viele Fahrten.

Erkennungszeichen

Die Senioren Union bietet einen Sticker an, der – klein und edel –



gerne von unseren Mitgliedern auf der Kleidung getragen wird.

Für 25 Cent das Stück können Sie ihn beziehen in der

Bundesgeschäftsstelle
der Senioren Union
Klingelshöferstraße 8
10785 Berlin

Tel.: 030 / 220 70-445

Fax: 030 / 220 70-449

E-Mail: seniorenunion
@cdu.de

Der Preis versteht sich zuzüglich Portokosten

Sachsen zwischen Flut und Olympia

Der sächsische Ministerpräsident Georg Milbradt hat kurz vor der Sommerpause eine positive Bilanz seines ersten Amtsjahres gezogen.

Besonders beeindruckt war der Nachfolger Kurt Biedenkopfs von der positiven Stimmung im Land, trotz der zahlreichen Flutschäden im vergangenen Jahr. Die Flut war das bestimmende Thema, das Sachsen bewegt habe. Die besonders betroffenen Städte will Milbradt im August besuchen. Das CDU-Präsidiumsmitglied machte aber zugleich deutlich, dass es auch viele positive Impulse für das Land gegeben habe. Die Olympia-Bewerbung



Leipzigs sei einer davon. „Wir können gewinnen, wenn alle zusammen bleiben, und zwar Bund, Leipzig, die Sportverbände und der Freistaat“, sagte der Ministerpräsident. Stolz war Milbradt auf die Unterzeichnung des Hochschulvertrages und den Erfolg des CDU-Konzeptes in der Schulpolitik. CDU-Fraktion und Staatsregierung

hatten sich mit ihrem Konzept gegen ein Volksbegehren durchgesetzt. In der Verkehrspolitik kündigte er verstärkte Bemühungen um Nachbesserungen des Bundesverkehrswegeplans an. Im Zuge der EU-Osterweiterung sei der Ausbau der Strecken in Richtung Polen und Tschechische Republik ein wichtiges Anliegen.

Zum Thema Steuerreform sicherte Milbradt Kooperationsbereitschaft zu. Aber auch hier gelte ein „Ja – Wenn“. Die Regierung müsse bis zum Herbst noch nachlegen. Es könne nicht sein, dass der Bund Wohltaten verkündet und die Länder diese finanzieren müssen.

HAMBURG

Henning Finck geehrt

Der Hamburger CDU-Abgeordnete Henning Finck ist von der syrisch-orthodoxen Kirche von Antiochien ausgezeichnet worden.

Im Rahmen einer Kircheneinweihung dankte ihm Erzbischof Mor Dionysios Isa Gürbüz für seine Verdienste und den Einsatz für die syrisch-orthodoxen Christen



in Deutschland und der Türkei. Gleichzeitig nahm die

Gemeinde den CDU-Abgeordneten als Ehrenmitglied auf. In seiner Dankesrede forderte der stellvertretende Vorsitzende der Bezirksfraktion Hamburg-Mitte mehr Respekt gegenüber den nach Deutschland eingewanderten Türken. In Deutschland leben derzeit rund 70.000 syrisch-orthodoxe Christen.

Sanierungserfolg für Wulff

Der niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff kann bei der Sanierung des Landeshaushalts erste Erfolge vermelden.

So werden die Kreditermächtigungen für 2004 die Marke von 2,5 Mrd. Euro nicht überschreiten. Ein Rückgang von 345 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr. „Ein erster Schritt zur Gesundung des Haushalts ist damit getan“, so das Mitglied des Präsidiums der CDU Deutschlands. Der harte Sparkurs seiner Landesregierung sei ohne Alternative, wolle man die Zahlungsunfähigkeit Niedersachsens noch abwenden. Der Haushaltsentwurf sieht Kürzungen in allen Ressorts vor. Wulff forderte in diesem



Zusammenhang Verständnis von den Betroffenen: „Es wird eine enorme Anstrengung aller bedeuten. Alle müssen einen Beitrag leisten und es muss dabei gerecht zugehen.“ Trotzdem werde der Haushalt 2004 kein reiner Sparhaushalt. Wie vor der Landtagswahl versprochen, werden kurzfristig 2.500 neue Lehrerstellen geschaffen. Zudem werden in 2003

und 2004 jeweils 250 zusätzliche Polizeianwärter eingestellt.

Aufwärts geht es in Niedersachsen am Arbeitsmarkt. Mit einer Arbeitslosenquote von 9,2 Prozent liegt das Land im Juni erstmals seit den 80er Jahren unter den Top 5 der deutschen Bundesländer. Nach dem Wahlerfolg von Christian Wulff hat sich die Stimmung in der niedersächsischen Wirtschaft gewandelt. Grund dafür seien verstärkte Bemühungen in der Wirtschaftspolitik, die auf Wachstum und neues Vertrauen der Wirtschaft setze. Beispielhaft ist die Bundesratsinitiative Niedersachsens zur Reform des Arbeitsmarktes.

Saarland setzt auf Familie

Das Saarland wird künftig alle Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften auf ihre Familientauglichkeit überprüfen.

„Unser Ziel ist es, sozial gerechte und zukunftsorientierte Rahmenbedingungen für die Familien im Saarland zu schaffen“, sagte die Familienministerin Renate Görner. Menschen die Familie lebten, dürften nicht gegen

über denen benachteiligt werden, die keine derartigen Bindungen eingehen. Wichtige Ziele des Beschlusses der saarländischen Landesregierung sind:

- mehr finanzielle Gerechtigkeit,
- Gleichstellung von Mann und Frau,
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf,
- Bildung und Betreuung von Kindern verbessern,

- Soziale Fähigkeiten der Familien stärken,
- Integration ausländischer Familien unterstützen.

Zur Umsetzung des Beschlusses wurde bereits ein konkreter Maßnahmenplan erarbeitet. Dieser sieht u.a. die Anhebung der Stundenzahl in Grundschulen, die Reform der Erzieherinnen-ausbildung und den Verzicht auf Einsparungen im Kinder- und Jugendbereich vor.

PETER GÖTZ:

Der Dachstuhl der Kommunen brennt



Zur Debatte zur Gemeindefinanzreform erklärte der kommunalpolitische Sprecher:

Das System der Gemeindefinanzen muss wieder vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Städte und Gemeinden brauchen Hilfe – und zwar sofort!

Rot-Grün hat innerhalb weniger Jahre die Städte und Gemeinden an den Rand des finanziellen Ruins regiert. Die kommunalen Haushalte laufen aus dem Ruder. Die im letzten Jahr großartig eingesetzte Gemeindefinanzreformkommission hat inzwischen ihre Zelte abgebrochen. Das dünne Ergebnis ist: Den Gemeinden muss schnell geholfen werden. Bravo! Das ist nichts Neues!

Wir fordern: Den Gemeinden muss sofort und schnell geholfen werden:

- durch die Rückführung der Gewerbesteuerumlage auf 20%,
- durch die Erhöhung des kommunalen Anteils am Umsatzsteueraufkommen auf 3% im Jahr 2004.
- Wir brauchen eine Begrenzung der ausufernden Aufgaben- und Ausgabenpolitik.
- Das Konnexitätsprinzip bei der Übertragung von Aufgaben auf Städte und Gemeinden muss strikt angewendet werden: „Wer bestellt – bezahlt.“
- Eine umfassende Reform der Gemeindefinanzen muss her. Städte und Gemeinden müssen über eigene Steuern verfügen, die ihnen stabile und verlässliche Einnahmen garantieren.

MARTINA KROGMANN
ECKART VON KLAEDEN:

SPAM-Mails müssen verboten werden

Zum Missbrauch der elektronischen Post durch den massenhaften Versand von SPAM-Mails erklärten die Internetbeauftragte und der Parlamentarische Fraktionsgeschäftsführer:

Die massenhafte Versendung unerwünschter Werbe-Mails (SPAM) hat in den letzten Monaten eklatant zu-



genommen. Bereits im Jahre 2002 wurden weltweit pro Tag rund 31 Milliarden E-Mails gesendet, mehr als ein Drittel davon waren Reklambriefchen, z.T. mit sexistischem Inhalt – Tendenz steigend. Betroffen sind Wirtschaft, Verwaltung, Privatpersonen und auch der Deutsche Bundestag gleichermaßen. Die Zuleitung unverlangter Werbung ist nicht nur eine erhebliche Belästigung für den Verbraucher, sondern führt auch in den Unternehmen zu großen Schäden, da die Beseitigung der unerwünschten elektronischen Post inzwischen einen hohen Arbeitsaufwand erfordert. SPAM belastet außerdem die Internetserviceprovider, Netzinfrastrukturbetreiber und Mailanbieter mit horrenden Kosten: Die Verstärkung der Netzwerkleitungen und Erweiterung der Speicherkapazitäten zur Bewältigung der SPAM-Flut führen zu hohen finanziellen Belastungen.

Zur Bekämpfung der SPAM-Mails ist der Bun-

destag dabei, entsprechende technische Vorkehrungen zu treffen. Unter dem Strich bleiben diese Maßnahmen aber unbefriedigend, zumal nach wie vor die dann als SPAM gekennzeichneten Mails individuell auf tatsächlich unerwünschte Inhalte geprüft werden.

Auf den Missbrauch des Internets durch SPAM-Mails muss der Gesetzgeber daher reagieren. Es ist dringend notwendig, dass auch in Deutschland der Versand von SPAM-Mails ausdrücklich verboten und strafbewehrt wird.

Bislang ist in Deutschland die Zusendung unerbetener Werbe-Mails lediglich durch die Rechtsprechung zum unlauteren Wettbewerb erfasst. Eine ausdrückliche gesetzliche Regelung gibt es bisher nicht. Damit sind SPAM-Mails in Deutschland nicht unmittelbar verboten.

Die rot-grüne Bundesregierung hat die EU-Richtlinie zum Datenschutz in der Telekommunikation, die eine „Opt-in“-Lösung vorsieht, wonach E-Mail-Werbung von Unternehmen grundsätzlich nur mit vorheriger Zustimmung des Empfängers an diesen versandt werden dürfen, immer noch nicht umgesetzt.

Es bedarf daher einer politischen Initiative, die für ge-

setzliche Klarheit und Verlässlichkeit sorgt. Deswegen wird die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Kürze einen Anti-SPAM-Round-table mit Vertretern aus Wirtschaft, Politik und Verbraucherschutz einrichten und einen Antrag auf den Weg bringen, in dem wir u.a. fordern werden: ■ eine Verschärfung des rechtlichen Rahmens, d.h. eine unverzügliche und effektive, strafbewehrte Ahndung von unerwünschten SPAM-Mails, ■ eine gesetzliche Regelung, durch die die Identifizierung des SPAMers ermöglicht wird, ■ datenschutzrechtliche Regelungen, die den Adresshandel durch spürbare Sanktionen eindämmen, ■ eine zentrale Melde-/Beschwerdestelle, bei der SPAM-Meldungen erfasst und weiter verfolgt werden, ■ Aufklärung des Verbrauchers über den Umgang mit seiner E-Mail-Adresse und über den Umgang mit unverlangter E-Mail-Werbung.

Dennoch werden nationale rechtliche Maßnahmen alleine nicht ausreichen, um SPAM einzudämmen, da die Verursacher häufig aus dem außereuropäischen Ausland vorgehen. Eine weltweite internationale Zusammenarbeit sowie eine Allianz von Wirtschaft, Verbrauchern und Politik gegen

SPAM ist unbedingt notwendig – so schnell wie möglich!

KLAUS RIEGERT:

Perspektivlos



Zur Debatte zum 10. Sportbericht der Bundesregierung erklärte der sportpolitische Sprecher:

Rotgrün hat keine Perspektive für die Entwicklung des Sports in Deutschland. Der von der Bundesregierung vorgelegte Sportbericht ist lediglich ein Sachstandsbericht, die Zukunftsthemen des Sports bleiben unberücksichtigt. Stillstand wird zum Fortschritt, Umschichtungen werden zur Wohltat und Kürzungen zur perspektivischen Notwendigkeit erhoben.

Großen Ankündigungen folgen mäßige Leistungen.

Die Rahmenbedingungen für unsere Vereine haben sich verschlechtert durch höhere Abgaben, neue Steuern und mehr Bürokratie, insbesondere für ehrenamtlich

Engagierte. Rotgrün verweigert sich einer notwendigen Novellierung des Vereinsförderungsgesetzes. Dies würde zu einer spürbaren Entlastung führen und die Eigenverantwortlichkeit der Vereine stärken.

Der sog. Goldene Plan Ost hat nicht zu mehr Investitionen in den Sportstättenbau der neuen Länder geführt. Bis 1999 sind durch das Investitionsförderungsgesetz mehr Mittel in den Sportstättenbau der neuen Länder geflossen als ab 1999 durch den sog. Goldenen Plan Ost und das Investitionsförderungsgesetz zusammen. Wir brauchen wieder mehr Mittel aus dem Investitionsförderungsgesetz.

Rotgrün hat die Investitionen im Spitzensport um 40 % gekürzt und verweigert den sportwissenschaftlichen Einrichtungen die notwendigen Mittel. Wir leben in weiten Bereichen von der Substanz der vergangenen Jahre. Unsere Athleten sind in vielen Disziplinen noch internationale Spitze; doch werden sie den Anschluss nur halten können, wenn wir ihnen die notwendige Unterstützung nicht verwehren.

Wir brauchen kein Gesetz, sondern eine Weiterentwicklung unseres lei-

stungsfähigen und wirksamen Kontrollsystems.

Die Topleistungen unserer Athleten und die breite Sportbewegung in unseren Vereinen zeichnen Deutschland als Sportnation aus. Wir müssen den Sport dort subsidiär unterstützen, wo er es aus eigener Kraft nicht leisten kann.

CHRISTIAN SCHMIDT
HARTMUT KOSCHYK
CLEMENS BINNINGER:

Gesamtverteidigungskonzept gefordert



Zur Aufnahme des Probetriebs im nationalen Lage- und Führungszentrums „Sicherheit im Luftraum“ in Kalkar erklären der verteidigungspolitische Sprecher und der innenpolitische Sprecher sowie der zuständige Berichtserstatter:

Fast zwei Jahre hat die Bundesregierung gebraucht, um nach den Anschlägen des 11. September 2001 einen Vorschlag zur Reaktion auf Flugzeugentführungen zu machen. Wegen der Gefähr-

dungslage hat sich die CDU/CSU entschlossen, das geplante Lage- und Führungszentrum mit zu tragen, obwohl die Rechtsgrundlage dazu fehlt. Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf, schnellstmöglich rechtliche Klarheit zu schaffen, auch im Sinne der Soldaten, die im Krisenfall Entscheidungen treffen und umsetzen müssen. Sollte im Ernstfall auch der Abschuss eines entführten Flugzeuges notwendig werden, so kann das nicht im rechtsfreien Raum passieren. Deshalb ist eine Grundgesetzänderung notwendig.

Die Bundesregierung darf nicht weiter auf Befindlichkeiten in der Regierungskoalition Rücksicht nehmen. Die Vermeidung von Koalitionsstreit darf nicht wichtiger sein als die Sicherheit unserer Bürger.

Außerdem springt die Bundesregierung mit ihrem Vorschlag zu kurz. Wir müssen nicht nur die Luftverteidigung gesetzlich regeln. Wir brauchen statt dessen ein Gesamtverteidigungskonzept, mit dem terroristischen Angriffe aller Art abgewehrt werden können und in dem die Kräfte der inneren und äußeren Sicherheit enger als bisher verzahnt werden.

DER ARBEITSMARKT

erholt sich nicht vor 2005. Zu dieser Einschätzung kommt Norbert Walter, Chef-Volkswirt der Deutschen Bank. Bis dahin würden noch weitere Jobs in Bereichen wegfallen, die bisher durch Subventionen finanziert werden. Auch bei der Angleichung der Lebensverhältnisse von Ost und West ist Walter pessimistisch. Lediglich Sachsen und Ost-Berlin würden binnen zehn Jahren Westniveau erreichen.

ALS FOLGE

des Streiks in der ostdeutschen Metallindustrie hat sich der PKW-Absatz im Juni deutlich verschlechtert. Wieder der Verband der Automobilindustrie mitteilte, sei die Produktion um 19 % gegenüber dem Vorjahr gesunken. Die Tarifaussensatzung habe eine Branche unnötigerweise getroffen, die bislang Konjunkturstütze der deutschen Volkswirtschaft gewesen sei.

EINE NOVELLE

der Handwerksordnung wird nach Ansicht des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung keine Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt haben. Zwar werde die Anzahl der Gründungen voraussichtlich zunehmen, gleichzeitig aber auch die der Schließungen. Die mittlere

Überlebensdauer der Neugründungen werde zudem sinken, so das RWI.

DEUTSCHLAND

ist beim Weltentwicklungsbericht auf Rang 18 abgerutscht. In der von den Vereinten Nationen vorgelegten Liste rangiert Deutschland nur noch knapp vor Spanien. Vor fünf Jahren war es noch ein 8. Platz. Die Platzierung errechnet sich aus den Faktoren Pro-Kopf-Einkommen, Lebenserwartung und Bildungsniveau.

DIE INTERNET-

Suchmaschine Google hat ein deutschsprachiges Nachrichtenangebot gestartet. Täglich werden Nachrichten aus 700 deutschsprachigen Quellen ausgewertet. Übersichtlich aufbereitet findet man die Ergebnisse auf news.google.de.

NUR JEDER VIERTE

Internet-Nutzer ist bereit, für digitale Inhalte aus dem Internet zu zahlen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Uni Karlsruhe und den Marktforschern von Mummert Consulting. Während für heruntergeladene Software immerhin noch drei von fünf Befragten zahlen würden, schneiden Zeitungsartikel und Bilder deutlich schlechter ab. Für

Nachrichten würden nur 16 Prozent im Web Geld ausgeben.

DAS DEUTSCHE

Bildungswesen wird den Anforderungen der Wissensgesellschaft nicht gerecht. So lautet das Fazit einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft. Im Vergleich zu 20 anderen Industriestaaten würden deutsche Kinder im Kindergarten zu wenig gefördert. Im weiteren Verlauf des Bildungsweges gebe Deutschland mit 8900 Euro (10 100 Dollar) pro Schüler in der Sekundarstufe 2 fast 40 Prozent mehr aus als im Schnitt der betrachteten Länder. Trotzdem würde nur ein Drittel eines Jahrgangs das Abitur machen, hingegen 57 Prozent in anderen OECD-Staaten.

STREIKDEBAKEL

und Führungskrise wirken sich auf die Mitgliederentwicklung der IG Metall aus: In den ersten sechs Monaten dieses Jahres traten 3.600 Menschen mehr aus der Gewerkschaft aus als im gesamten Jahr 2002. Von Januar bis Juni dieses Jahres verließen rund 46.900 Mitglieder die Gewerkschaft, teilte die IG Metall mit. Zur Zeit sind noch gut 2,58 Millionen Mitglieder in der IG Metall organisiert.



Wegen der großen Nachfrage für Sie jetzt wieder im Sortiment!

Miniradio für unterwegs

Mit Scanfunktion für automatische Sendesuche, Gürtelhalter und separaten Kopfhörern.

Bestell-Nummer: 9829
Preis je 1 Stück: 5,00 €
inkl. MwSt.: 5,80 €



Sommerpack

Der ideale Begleiter für einen Ausflug. Bestehend aus: Stoffbeutel, eine Thermoskanne mit zwei Bechern

Bestell-Nummer: 9025
Komplettpreis: 6,00 €
inkl. MwSt.: 6,96 €

Alle Artikel sind auch einzeln zu bestellen.

Stoffbeutel

Er ist mehr als nur ein Beutel. Durch die beiden seitlich zusammenziehbaren Kordeln, kann man ihn auch als Rucksack tragen. Sehr geeignet für Informationsmaterialien und Streuartikeln bei Canvassingaktionen.

Bestell-Nummer: 9026

Preis je 1 Stück: 7,50 €
inkl. MwSt.: 8,70 €



Becher-Set

Set besteht aus 4 Kunststoffbechern in gelb, orange, hellblau und grün.

Bestell-Nummer: 9028

Preis je 1 Set: 4,40 €
inkl. MwSt.: 5,10 €



Thermoskanne

Kunststoffgehäuse, Thermosinnenteil aus Glas für 0,25 l Inhalt.

Bestell-Nummer: 9027

Preis je 1 Stück: 3,60 €
inkl. MwSt.: 4,18 €

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
Bertelsmann-Versandzentrum
Postfach 1162,33759 Vermold
Telefax 05241-804 1892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de



Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.

Urlaubszeit – Reisezeit

Mit dem neuen EURO-Sammelalbum können Sie gleich die im Ausland erworbenen Münzen einsortieren.



EURO-Sammelalbum

12 EURO-Länder/96 Münzen.

Einfach die einzelnen Münzen in die passenden Stanzungen drücken.

Bestell-Nummer: 9021

Preis: 8,50 €

inkl. MwSt.: 9,86 €